

„Der Glaube führt an die eigenen Grenzen“

Beate Hartinger-Klein ist seit Jänner Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz. Der Glaube wirkt bei ihr tief in den Alltag. Und: Sie ist evangelisch.

Das Gespräch führte Klaus Höfler

Wie würden Sie Ihre Beziehung zum Glauben beschreiben?

Der Glaube gibt zu denken. Ich empfinde den Glauben als hilfreich und sinnstiftend, auch als hilfreich für kritisches Reflektieren.

Würde Sie dieses permanente Hinterfragen als "typisch protestantischen" Wert definieren?

Der Protestantismus steht für mich für vorbehaltlose kritische Reflexion, für kritisches und letztlich auch selbstkritisches Denken, das nicht irgendwelchen Denkwängen folgt, sondern unbefangen nach sinnvollen Lösungen sucht. Für mich ist es deshalb auch nicht zufällig, dass das Projekt der Aufklärung über weite Strecken protestantisch getragen war und weiter getragen wird.

Wie färbt das auf Ihren Arbeitsalltag ab?

Auch ich gebe mich nicht zufrieden mit überkommenen oder tradierten Antworten und frage ständig nach, warum man etwas so sehen sollte, wie es einem angeboten wird. Das prägt auch meinen Arbeitsalltag fundamental. Bei all meinen Entscheidungen geht es letztlich um Vernunft und nicht irgendwelchen externen oder autoritären Gesichtspunkte. Der Blick auf den Glauben führt aber immer wieder auch an die eigenen Grenzen, beispielsweise bei der Grundfrage, die jeden Menschen beschäftigt: Warum?

Evangelisch zu sein als Politikerin in einem - auch politisch - katholisch geprägten Land: Spürt man das?

Ja, das spürt man auf Schritt und Tritt. Die Deutungshoheit, die sich bestimmten Traditionen verpflichtet fühlt, tritt in der Politik ebenso nachdrücklich auf wie im Gesundheits- oder Sozialwesen. Menschen und ihr Selbstverständnis hängen immer mit den eigenen Werten zusammen. Davon wird vor allem auch unser Rechtssystem geprägt. Vergleicht man etwa die Gesetzgebung in Ländern, die eher protestantisch geprägt sind, erblickt man interessante Unterschiede.

Welche Bedeutung hat das Religiöse für eine Demokratie?

Faktisch spielt Religion oder auch Weltanschauung in der einen oder anderen Weise immer eine Rolle in der Politik. Selbst ein säkularisierter Staat kommt nicht ohne Hintergrundannahmen aus, die ihrerseits eine Geschichte haben. Gleichwohl, und das ist nun entscheidend, muss dies auch stets kritisch reflektiert werden. Es muss gefragt werden, wo etwas herkommt und ob es heute noch vor der „Richterin Vernunft“ (Kant) für uns passt, also ob wir heute auch noch gute Gründe haben, etwas so zu sehen, wie wir es bislang gesehen haben. Es braucht also auch eine sinnvolle Traditionskritik, die sich an Verstand und Vernunft orientiert. Die Frage ist dann, welche dieser Anschauungen unter den gegenwärtigen Bedingungen sinnvoll und tragfähig sind.

Wie sehr steht dieses Zusammenwirken von Politik und Religion in Zeiten eines vielschichtigen Auseinanderdriftens der Gesellschaft auf dem Prüfstand?

Angesichts unserer pluralistischen Gesellschaft ist es auch leichter geworden, seinen Glauben zu vertreten. Umgekehrt verlieren gewisse Selbstverständlichkeiten in einer pluralen Gesellschaften ihre Plausibilität. Gesellschaftlich und politisch geht es um bestimmte Werte und Orientierungen, die wir mit guten Gründen als sinnvoll erachten. Diese haben selbstverständlich eine Geschichte in Religion und Philosophie und sie haben die Leistungsfähigkeit, auch heute noch zu überzeugen. Gleichzeitig verändern sich bestimmte Werthaltungen durchaus auch zu Recht. In zentraler Hinsicht geht es mir um Begriffe und Realisierung von Menschenwürde und Menschenrechten und die permanente Frage, was das genau heißt. Letztlich besteht meine Hoffnung darin, dass die Realisierung von Freiheit und wechselseitiger Freiheitsgewährung sinnvoll und vernünftig ein Stück weit vorangetrieben werden kann. Wenn ich dazu einen Beitrag leisten kann, wäre ich sehr glücklich.